

TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: kober.klemens@dihk.de | www.dihk.de

DIHK-Trade-News

Update	2
Grünes Licht für Verhandlungen mit Australien und Neuseeland	2
Neuer EU-Ansatz für Freihandelsverhandlungen	2
Rat stimmt modernisierten handelspolitischen Schutzinstrumenten zu	2
EU schlägt Aussetzung von WTO-Konzessionen gegenüber USA vor	2
Überwachung von Einfuhren von Aluminiumerzeugnissen aus Drittstaaten	2
Verhandlungsabschluss EU-Japan Partnerschaftsabkommen	3
EU-Island: Weitere Liberalisierung im Agrargüterhandel	3
WTO-Mitglieder besorgt über zunehmende Handelsspannungen	3
Ressourcen	3
EP-Thinktank Briefings zum WPA EU-Ostafrika und Antikorruptionsbestimmungen in EU-Freihandelsabkommen	3
ECIPE: Neuer Index für Cyberprotektionismus: China am protektionistischsten	3
EP-Thinktank: Studie zur Ratifikation völkerrechtlicher Verträge	4
WTO-Bericht zur Rolle des Handels bei der Umsetzung der UN-SDGs	4
Bundesregierung: US-Zölle treffen deutsche Unternehmen	4
RGIT Corner – News aus Washington	4
US-Präsident verhängt Zölle auf Aluminium- und Stahlimporte	4
Kongress kritisiert Verfahren zu Stahl- und Aluminiumzöllen	4
USTR-Bericht zum globalen Schutz geistigen Eigentums	5
US-Ausstieg aus dem Iran-Atomabkommen	5
SPOTLIGHT NAFTA	6
Asia Corner – News aus Singapur	7
22. RCEP Verhandlungsrunde	7
Südkorea-Mercosur Freihandelsabkommen	7
Freihandelsabkommen zwischen Sri Lanka und Singapur in Kraft	7

Update**Grünes Licht für Verhandlungen mit Australien und Neuseeland**

Der Europäische Rat hat die Kommission am 22.05.2018 dazu ermächtigt, [Handelsgespräche mit Australien und Neuseeland](#) aufzunehmen. Handelsabkommen mit beiden Ländern würden in erster Linie darauf abzielen, die bestehenden Handelshemmnisse weiter zu verringern, Zölle auf Waren zu beseitigen und den Zugang zu Dienstleistungen und öffentlichen Beschaffungen in Australien und Neuseeland zu verbessern. Die Sektoren, die laut EU-Angaben am meisten von den Freihandelsabkommen profitieren werden, sind Kraftfahrzeuge, Maschinen, Chemikalien, verarbeitete Lebensmittel und Dienstleistungen.

Neuer EU-Ansatz für Freihandelsverhandlungen

Der Europäische Rat hat am 22.05.2018 [Schlussfolgerungen zu den Verhandlungen und zum Abschluss von Handelsabkommen der EU angenommen](#). In den Schlussfolgerungen werden die Grundprinzipien dargelegt, die dem EU-Ansatz für Handelsverhandlungen von nun an zugrunde liegen. Ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofs zum Singapur-Abkommen vom Mai 2017 hatte die Karten neu gemischt. Danach kann die EU Freihandelsabkommen allein abschließen, ohne die Zustimmung der nationalen Parlamente abwarten zu müssen. Sollen aber Vorschriften zum Investitionsschutz enthalten sein, müssen auch die Mitgliedstaaten das „gemischte Abkommen“ ratifizieren. Der Investitionsschutz aus Freihandelsabkommen soll wieder ausgekoppelt werden.

Rat stimmt modernisierten handelspolitischen Schutzinstrumenten zu

Der [Rat der Europäischen Union hat der erzielten Einigung über die Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU am 16.05.2018 förmlich zugestimmt](#). Diese war am 05.10.2017 zwischen der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament getroffen worden. Mit der Zustimmung des Europaparlaments wird Ende Mai 2018 gerechnet, bevor die Gesetzesnovelle in Kraft treten kann.

EU schlägt Aussetzung von WTO-Konzessionen gegenüber USA vor

Die Europäische Union hat als Reaktion auf die US-Strafzölle im Bereich Stahl und Aluminium am 18.05.2018 die [Aussetzung von WTO-Konzessionen und anderen gegenüber den USA](#) gemäß Artikel 8 Absatz 2 im Wert von 1,6 Mrd. USD vorgeschlagen. Die Liste der betroffenen Produkte hatte die EU-Kommission seit Ende März 2018 öffentlich konsultiert.

Überwachung von Einfuhren von Aluminiumerzeugnissen aus Drittstaaten

Die Europäische Kommission hat am 07.05.2018 eine [Verordnung \(2018/640\)](#) erlassen, die analog zur bestehenden Einfuhrüberwachung für Stahl ein Überwachungsverfahren für Einfuhren von diversen Aluminiumerzeugnissen regelt. Betroffen sind solche Waren mit Ursprung in allen Drittstaaten mit Ausnahme von Norwegen, Island, und Liechtenstein. Bei der Einfuhrzollabfertigung der genannten Waren ist seit dem 12.05.2018 eine Einfuhrlizenz vorzulegen.

Verhandlungsabschluss EU-Japan Partnerschaftsabkommen

Die EU und Japan haben am 26.04.2018 ihre [Verhandlungen über ein strategisches Partnerschaftsabkommen](#) abgeschlossen. Dieses Abkommen zielt ergänzend zum EU-Freihandelsabkommen, das derzeit den Ratifikationsprozess durchläuft, darauf ab, die Kooperation für gemeinsame Herausforderungen wie den Klimawandel, die Energieversorgung und die äußere Sicherheit zu stärken.

EU-Island: Weitere Liberalisierung im Agrargüterhandel

Am 01.05.2018 sind [drei im September 2015 unterzeichnete Abkommen](#) in Kraft getreten und erleichtern somit Zugang und Schutz der EU-Agrarerzeugnisse in Island. Die Abkommen ermöglichen zollfreien Zugang zu Islands Markt für mehr als 95 Prozent der Agrar- und Lebensmittelprodukte der EU.

WTO-Mitglieder besorgt über zunehmende Handelsspannungen

[Am 08.05.2018 gaben 41 Mitglieder der Welthandelsorganisation WTO eine gemeinsame Erklärung ab](#), in der sie Besorgnis über die steigenden Handelsspannungen und die Gefahr eines eskalierenden Protektionismus äußerten. Die Erklärung, die auf einer Tagung des Allgemeinen Rates der WTO abgegeben wurde, fordert die Regierungen auf, ihre Meinungsverschiedenheiten durch Dialog und Zusammenarbeit beizulegen.

Ressourcen

EP-Thinktank Briefings zum WPA EU-Ostafrika und Antikorruptionsbestimmungen in EU-Freihandelsabkommen

Ein [Briefing](#) des EP-Thinktanks vom 16.04.2018 gibt einen Überblick zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den Mitgliedern der East African Community. 2014 wurden die Verhandlungen mit Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda abgeschlossen. Bisher hat nur Kenia das Abkommen ratifiziert. [Eine Studie](#) des EP-Thinktanks vom 28.03.2018 beleuchtet, wie Freihandelsabkommen zur Korruptionsbekämpfung beitragen können.

ECIPE: Neuer Index für Cyberprotektionismus: China am protektionistischsten

Laut [ECIPEs Digital Trade Restrictions Index \(DTRI\)](#) sind China und Russland die protektionistischsten Länder im Bereich digitalen Handel, Neuseeland hingegen das offenste Land. In Europa sind Deutschland und Frankreich am protektionistischsten. Der DTRI misst digitale Handelsbeschränkungen in 64 Ländern weltweit und greift sowohl traditionelle Handelsbeschränkungen wie Zölle als auch Maßnahmen im Zusammenhang mit E-Commerce, Datenflüssen und digitalen Plattformen auf.

EP-Thinktank: Studie zur Ratifikation völkerrechtlicher Verträge

Eine am 24.04.2018 [veröffentlichte Studie des EP-Thinktanks](#) ist Teil eines umfassenderen Projekts zur Analyse der Ratifikation völkerrechtlicher Verträge in verschiedenen Staaten aus rechtsvergleichender Sicht. Die Studie untersucht die Ratifikation völkerrechtlicher Verträge im deutschen Recht, sowie deren Zeitbedarf. Sie gibt sowohl eine allgemeine Einführung in die Rechts- und Verwaltungsvorschriften für den Abschluss völkerrechtlicher Verträge und stellt die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den beteiligten Akteuren dar.

WTO-Bericht zur Rolle des Handels bei der Umsetzung der UN-SDGs

In einem [neuen Bericht](#) legt die WTO dar, wie der Handel zur Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung beitragen kann. Neben der Forderung nach einer Stärkung des Welthandelssystems stehen insbesondere zwei Top-Forderungen des DIHK hervor: Einfache Ursprungsregeln um die Nutzungsraten von Abkommen zu steigern sowie ein Fokus auf die Einbindung von KMUs in globale Wertschöpfungsketten.

Bundesregierung: US-Zölle treffen deutsche Unternehmen

Die Bundesregierung geht davon aus, dass US-Zölle ein Großteil der deutschen Stahlproduzenten und -exporteure direkt oder indirekt treffen werden. Da die von der US-Regierung beschlossenen Strafzölle rechtswidrig seien, solle das Einleiten eines WTO-Streitschlichtungsverfahrens geprüft werden. Dies erklärte sie in ihrer [Antwort](#) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion am 19.04.2018.

RGIT Corner – News aus Washington

US-Präsident verhängt Zölle auf Aluminium- und Stahlimporte

Am 01.05.2018 traten die am 01.03.2018 angekündigten Strafzölle für Aluminium- und Stahlprodukte aus mehreren Ländern in Kraft ([WN#8/2018](#), [WN#9/2018](#)). Die Zölle, die auf Grundlage einer *Section 232*-Untersuchung des US-Wirtschaftsministeriums empfohlen wurden, betragen 25% bezogen auf den Produktwert für bestimmten Stahl- und 10% für bestimmte Aluminiumprodukte. Laut der US-Administration seien EU-Länder für einen Monat (bis 01.06.2018) von den [Stahl-](#) und [Aluminiumzöllen](#) ausgenommen; während dieser Zeit soll eine endgültige Lösung für reziproken Handel erreicht werden. Auch sind Australien, Argentinien und Brasilien von den Zöllen ausgenommen bis Einzelheiten eines derzeitig verhandelten Kompromisses mit diesen Ländern vereinbart werden. Südkorea ist von den Stahlzöllen permanent ausgenommen, da sich die südkoreanische Regierung mit der US-Administration auf ein Ausfuhrquotensystem geeinigt hatte.

Kongress kritisiert Verfahren zu Stahl- und Aluminiumzöllen

Die Einführung von Importzöllen auf Stahl und Aluminium und das damit verbundene Verfahren werden von beiden Kammern des US-Kongresses kritisiert. Nachdem

Wirtschaftsminister Wilbur Ross die Fragen des Vorsitzenden des *Committee on Homeland Security and Governmental Affairs* im Senat, Ron Johnson (R-WI), zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Zölle seiner Meinung nach nicht ausreichend beantwortet hatte, wandte sich dieser nun mit der höchstrangigen demokratischen Abgeordneten des Ausschusses, Claire McCaskill (D-MO), in einem Brief erneut an ihn, mit der Bitte, die ausstehenden Fragen zu klären, und der Drohung, ansonsten die gesetzlich verpflichtenden Informationsprozess (*Subpoena*) einzuleiten. 39 Kongressabgeordnete kritisierten derweil in einem weiteren Brief an Ross den Prozess zur Beantragung von produktspezifischen Ausnahmen von Zöllen, die zu langsam und aufwändig für Unternehmen seien.

USTR-Bericht zum globalen Schutz geistigen Eigentums

Der US-Handelsbeauftragte USTR veröffentlichte am 27.04.2018 den gesetzlich vorgeschriebenen 2018 Special 301 Report zum Zustand des globalen Schutzes von geistigem Eigentum (IP). Der Bericht listet insgesamt 36 Handelspartner auf, die von der US-Administration in Bezug auf ihren Umgang mit IP-Rechten beobachtet werden; 12 davon (darunter u.a. Kanada, Indien und Russland) stehen mit der Listung auf einer *Priority Watch*-Liste besonders im Fokus. Zum 14. Mal in Folge wird China von der US-Regierung auf der *Priority Watch*-Liste aufgeführt, u.a. wegen Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen, erzwungenen Technologietransfers und Defiziten in der Durchsetzung von IP-Rechten. Kanada wurde im Vergleich zum Vorjahr herabgestuft, was die US-Regierung mit unzureichender IP-Durchsetzung im Rahmen von Zollkontrollen gegen gefälschte Waren sowie Defiziten beim Urheberschutz, beim Schutz von IP-Rechten bei Arzneimitteln und beim Schutz von Herkunftsbezeichnungen begründete. Kolumbien wurde ebenfalls von der US-Regierung herabgestuft, da Kolumbien Verpflichtungen aus dem US-Kolumbianischen Freihandelsabkommen nicht nachkomme. Die US-Regierung plant, die in dem Bericht geforderten Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes geistigen Eigentums dieses Jahr in bilateralen Dialogen mit den gelisteten 36 Ländern einzubringen.

US-Ausstieg aus dem Iran-Atomabkommen

Am 08.05.2018 kündigte Präsident Trump an, dass die USA aus dem Iran-Atomabkommen (JCPOA) aussteigen und die vorherigen Sanktionen wieder in Kraft setzen werden. Zudem erklärte die Pressesprecherin des Weißen Hauses Sarah Huckabee Sanders, dass die Administration auch zusätzliche Sanktionen plant, die bereits nächste Woche eingeführt werden könnten. Zu den in Kraft tretenden US-Sanktionen hat das Weiße Haus ein Fact Sheet veröffentlicht. Außerdem hat die US-Sanktionsbehörde (OFAC) ihre Guidelines und FAQs aktualisiert. Unternehmen, die im Iran Geschäfte machen, hätten entweder 90- oder 180-Tage Zeit, in denen sie ihre Geschäfte abwickeln können. Die erste Frist am 6. August wird sich u.a. auf den Kauf von US-Dollar, den Handel mit Gold und Edelmetallen, die Luftfahrt und die Automobilindustrie auswirken. Die nächste Frist am 04.11.2018 wird sich u.a. auf die Schifffahrt, die Ölindustrie, den Energiesektor und die Transaktionen von ausländischen Finanzinstitutionen mit iranischen Finanzinstitutionen beziehen. Die US-Sanktionen könnten sowohl US-Unternehmen als auch ausländische Unternehmen betreffen, weil das US-Finanzministerium betonte, dass die sog. sekundären Sanktionen durchgesetzt würden. Unternehmen, die gegen die US-Sanktionen verstoßen, könnten vom US-Finanzsystem ausgeschlossen und mit einer Reihe anderer Maßnahmen bestraft werden.

SPOTLIGHT NAFTA

Am 17.05.2018 lief eine inoffizielle Frist aus, bis zu der der Kongress vom US-Handelsbeauftragten (USTR) über den aktuellen Stand der NAFTA-Neuverhandlungen informiert werden muss. Laut des Sprechers des Repräsentantenhauses, Paul Ryan (R-WI), hätte es bis zu diesem Zeitpunkt eine Einigung geben müssen, um die Verhandlungen über das NAFTA-Abkommen noch 2018 abschließen zu können, da mit mehreren Monaten Abstimmungszeit zu rechnen sei. In den kommenden Wochen wird der mexikanische Präsidentschaftswahlkampf starten, gefolgt von der US-Zwischenwahl im November. Viele kontroverse Themen sind nach wie vor nicht geklärt. Verhandlungsschwerpunkte wie Ursprungsregeln für Autos, Investor-Staat-Streitbeilegung, eine 5-Jahr Auslaufklausel und das öffentliche Beschaffungswesen sind bislang ungelöst.

Die US-Vorschläge zu Ursprungsregeln im Automobilbereich umfassen Berichten zufolge neben einem regionalen Wertschöpfungsanteil von 75% auch die Anforderung, dass 70% des Stahls und Aluminiums der Kernteile des Autos aus Nordamerika stammen sollen, sowie 30% der Wertschöpfung aus einem Land stammen soll, in dem der Stundenlohn über dem nordamerikanischen Median von 15 US\$ liegt. Der Stundenlohn in der mexikanischen Automobilproduktion liegt deutlich unter diesem Median, weshalb die mexikanische Automobilindustrie den Vorschlag kritisierte. Das *Center for Automotive Research* (CAR) veröffentlichte ein [Briefing zu den Auswirkungen](#) der aktuellen Verhandlungsvorschläge zu Ursprungsregeln auf die US-Automobilindustrie. Darin kommt CAR zu dem Ergebnis, dass die aktuellen Vorschläge zu erheblichen Disruptionen führen würden, die Autopreise steigen und sich die Produktion in den USA und Nordamerika verringern könnte, da die meisten Autos dann außerhalb der NAFTA-Präferenzen importiert würden und somit mehr Input aus Drittländern möglich wäre. Die von dem Consultingunternehmen A.T.Kearney veröffentlichte Studie "[How NAFTA Affects US Retail](#)" untersucht die Auswirkungen eines NAFTA-Austritts auf den amerikanischen Einzelhandel. Ohne NAFTA würden Zölle die Kosten der Produkte jährlich um 5,3 Milliarden US\$ erhöhen, so die Studie. Durch den Kaufkraftverlust der Verbraucher würden die Gewinne der Einzelhändler jedes Jahr um bis zu 15,8 Milliarden US\$ geschmälert und in den nächsten drei Jahren käme es zu einem Verlust von 128.000 Einzelhandelsjobs. Der Abgeordnete im Repräsentantenhaus Dave Brat (R-VA) veröffentlichte unterdessen einen [Meinungsbeitrag bei Fox News](#), in dem er darlegte, ein neues NAFTA müsse die NAFTA-Visa ändern, um die Arbeitnehmerfreizügigkeit im NAFTA-Raum einzuschränken, da diese die Job-Chancen für US-Bürger schmälerten.

Asia Corner – News aus Singapur

22. RCEP Verhandlungsrunde

Vom 28.04.2018 bis zum 08.05.2018 fand die 22. RCEP-Verhandlungsrunde in Singapur statt. Folgende Arbeitsgruppen trafen sich: Waren, Dienstleistungen, Investitionen, Schutz des geistigen Eigentums, digitaler Handel und Öffentlicher Beschaffungsmarkt. Es wurde kein weiteres Kapitel in den Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen.

Südkorea-Mercosur Freihandelsabkommen

Südkorea und die Mercosur-Staaten haben beschlossen, ein Freihandelsabkommen zu verhandeln. Die erste Verhandlungsrunde soll bereits Ende Mai 2018 stattfinden. Südkorea gab zudem bekannt, dass es der Transpazifischen Partnerschaft CPTPP beitreten wolle.

Freihandelsabkommen zwischen Sri Lanka und Singapur in Kraft

Das [Freihandelsabkommen zwischen Sri Lanka und Singapur \(SLSFTA\)](#) trat am 01.05.2018 in Kraft. Das Abkommen ist Sri Lankas erstes modernes und umfassendes Freihandelsabkommen und umfasst die Bereiche Handel und Dienstleistungen, E-Commerce, Telekommunikation, Investitionen, geistiges Eigentum und öffentliche Beschaffung.

Dies könnte Sie auch interessieren:

Brexit Newsletter

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeischeunion/brexit/newsletter>

NewsInternational

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>